



vorwärts!

Wir in Schleswig-Holstein

Heide Simonis – eine Kämpferin für den Norden

Die erste und einzige Ministerpräsidentin in Deutschland beendet ihre politische Laufbahn. Die Art und Weise, in der ihre Wiederwahl scheiterte, ist bitter. Was bleibt, ist eine beispiellose Leistung für das Land Schleswig-Holstein.

Eine Ära geht zu Ende. 34 Jahre hat Heide Simonis in und für Schleswig-Holstein politische Verantwortung getragen. In dieser Zeit ist sie zu einem Symbol unseres Bundeslandes geworden. Als einzige Frau an der Spitze einer Landesregierung hat sie Geschichte geschrieben. Als volksnahe Sympathieträgerin ist sie den Menschen ans Herz gewachsen.

Ihre politische Arbeit begann 1969 mit dem Eintritt in die SPD. Ihre ersten Sporen verdiente sie sich von 1971 bis 1976 in der Kieler Ratsversammlung.

Sprung in den Bundestag

Im Dezember 1976 schaffte sie den Sprung aus der Kommunalpolitik in den Bundestag. „Unter Männern“ – so der Titel eines ihrer Bücher – verschaffte sie sich Respekt. Mit Kompetenz und Fleiß arbeitete sie sich zur Haushaltsexpertin der Bonner Bundestagsfraktion herauf.

Nach dem Regierungswechsel 1988 in Schleswig-Holstein berief sie Björn Engholm zur Finanzministerin. In der Aufbruchstimmung, die nach jahrzehntelanger CDU-Herrschaft durch das Land zog, hielt sie die Kasse zusammen. Sparen mit sozialem Augenmaß war ihre Devise. Und: Ein kleines Land wie Schleswig-Holstein muss schlau sein!

Erste und einzige Ministerpräsidentin

Nach dem Rücktritt von Björn Engholm 1993 wurde Heide Simonis zur ersten und bislang einzigen Ministerpräsidentin in Deutsch-



Heide Simonis, kämpferisch und optimistisch, wie hier beim Landesparteitag im Oktober 2004, hat sie für die Partei und das Land gearbeitet.

land gewählt. Mit fast zwölf Jahren Amtszeit hat sie alle Amtsvorgänger im Lande inzwischen übertrumpft.

Den Strukturwandel vom Agrarland zum modernen Wirtschaftsstandort hat sie entschieden vorangetrieben: moderne Technologien, Forschungseinrichtungen, innovative Unternehmen. In der Medizintechnik, bei regenerativen Energien, in der maritimen Wirtschaft ist Schleswig-Holstein heute erste Adresse.

Zugpferd der SPD

In drei Landtagswahlkämpfen war Heide Simonis das Zugpferd der SPD Schleswig-Holstein. Mit dem überragenden HEIDE-Wahlkampf hat sie die Sozialdemokratie

aus dem Umfragetief herausgerissen.

SPD-Landesvorsitzender Claus Möller und der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, dankten der Ministerpräsidentin für ihren Einsatz: „Nach einem tollen Ergebnis bei der Nominierung als Spitzenkandidatin, nach einem sehr engagierten Wahlkampf, in dem unsere Mitglieder überaus aktiv und kreativ für die Partei und die Spitzenkandidatin geworben haben, und nach einem eindeutigen Votum für den Koalitions- und den Tolerierungsvertrag ist dieses Ende einer außergewöhnlichen politischen Laufbahn überaus bitter. Das hat Heide Simonis nicht verdient!“ ■

Erklärung von Ministerpräsidentin Heide Simonis

Vor der SPD-Landtagsfraktion gab Ministerpräsidentin Heide Simonis am 18. März folgende Erklärung ab:

„Der gestrige Tag war für uns alle einer, den wir nicht vergessen werden. Ich habe eine solch persönlich verletzend Situation noch nie erlebt. Gegen offene Messer zu kämpfen ist nicht leicht, aber in der Politik manchmal notwendig. Gegen einen hinterhältigen Dolchstoß jedoch gibt es keine Abwehrmöglichkeiten.“

Was mich mehr als meine Niederlage trifft, ist der Schaden, den unsere Partei und unsere gemeinsame Arbeit erhalten haben. Dieses Verhalten war schädlich und rüttelt am Grundvertrauen in die Werte der Sozialdemokratie. Ich hoffe und wünsche, dass es Claus Möller und Lothar Hay gelingt, die SPD in Schleswig-Holstein wieder zu dem zurückzuführen, was sie bis zum Donnerstagmittag war: eine selbstbewusste, starke und solidarische Kraft.

Ich persönlich habe noch gestern Nacht für mich Konsequenzen gezogen. Ich werde für ein Amt nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ihr könnt sicher sein, dass ich für das Amt der Ministerpräsidentin nicht kandidiert hätte, hätte es auch nur einen begründeten Zweifel dafür gegeben, dass unser gemeinsam ausgehandelter Vertrag und die Vereinbarung für eine neue Legislatur mit mir an der Spitze nicht mehrheitsfähig gewesen wären. Ich danke ausdrücklich Anke Spoorendonk und dem SSW für ihr Vertrauen und ihre Standhaftigkeit und Anne Lütkes und unseren Partnern von Bündnis 90/Die Grünen für ihre Unterstützung.

Lieber Claus, lieber Lothar, ich habe immer gern mit Euch zusammengearbeitet. Wir haben gemeinsam einen fantastischen Wahlkampf geführt. Ich konnte mich immer voll und ganz auf Euch verlassen.

Herzlichen Dank allen Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion, auf die ich seit Jahren vertrauensvoll bauen konnte und die mir gestern ihre Stimme gegeben haben.

Herzlichen Dank allen engagierten Mitgliedern in den Ortsvereinen, Kreisverbänden, im Landesvorstand und den hauptberuflichen Mitarbeitern. Der zurückliegende Wahlkampf war einer unserer besten. Wir standen fest zusammen und haben viel erreicht.

Es war eine unglaublich tolle Erfahrung zu erleben, wie die gesamte Partei mich als Spitzenkandidatin getragen und unterstützt hat. Das 100-Prozent-Ergebnis beim Landesparteitag im Oktober war für mich dabei ein ganz besonderer Höhepunkt.

Ich danke auch meinen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, mit denen ich über Jahre erfolgreich zusammenarbeiten durfte.

Ich wünsche meiner Partei hier im Land einen guten Neustart. Ich bin sicher, die SPD Schleswig-Holstein wird ihrer Verantwortung in dieser schwierigen Situation gerecht und weiter für eine gute Zukunft Schleswig-Holsteins arbeiten.“

Seminare

20. bis 22. Mai

Neumitglieder-Seminar in der Gustav-Heimemann-Bildungsstätte, Bad Malente

Kommunal-Akademie

Die sozialdemokratische Kommunal-Akademie Schleswig-Holstein bereitet junge Menschen auf Führungsaufgaben in der Kommunalpolitik vor. Das Trainingskonzept kombiniert innovativ Sachinhalte und politische Orientierung. Das Seminar vermittelt die Fähigkeit, kommunalpolitisches Engagement als Handwerk auszuüben. Von den Teilnehmern wird hohe Lernbereitschaft und Leistungsfähigkeit gefordert. Sie müssen bereit sein, Verantwortung auf kommunaler Ebene zu übernehmen.

Termine 2005:

19. bis 21. August

16. bis 18. September

21. bis 23. Oktober

25. bis 27. November

Anmeldung: SPD-Landesverband, Elfriede Marx, 04 31/9 06 06-46, Elfriede.Marx@spd.de

Ordentlicher Landesparteitag

Neuwahl des Landesvorstands

Abstimmung über den Koalitionsvertrag

Debatte über das Grundsatzprogramm

23. April, 10 Uhr
Casino der Stadtwerke Kiel
Uhlenkrog 32
24113 Kiel



Landesparteitag mit erweiterter Tagesordnung

Der ordentliche Landesparteitag am 23. April sollte ganz im Zeichen der Neuwahl des Landesvorstands stehen. Nach den dramatischen Entwicklungen im Landtag steht nun zusätzlich die Entscheidung über einen Koalitionsvertrag auf der Tagesordnung. Die 128

Delegierten werden neben der Antragsberatung auch die Diskussion über das neue Grundsatzprogramm eröffnen.

Eine besondere Würdigung wird Heide Simonis für ihre Verdienste um die SPD in Schleswig-Holstein erhalten. ■

Der Weg zum »Karlsruher Programm«

Am neuen Grundsatzprogramm der SPD wird seit drei Jahren auch in Schleswig-Holstein gearbeitet. Die „Projektgruppe Grundsatzprogramm“ – Sprecher Eckart Kuhlwein – hat nach einem ersten Zwischenbericht im März 2003 zum Landesparteitag 2005 eine Reihe von Thesen aufgeschrieben, die Grundlage für die weitere Diskussion sein sollen.

In dem Papier finden sich Aussagen zur Bedeutung

„öffentlicher Güter“, zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, zur Zukunft der Arbeit, zur Rolle des Sozialstaats und zur Bildungsreform. Gleichzeitig wird der Versuch gemacht, eine „Vision von einer demokratischen Welt“ aufzuschreiben, in der in einem globalen Ordnungsrahmen die Politik wieder handlungsfähig werden kann. Die Thesen können beim Landesverband bezogen werden.

Das neue Grundsatzprogramm soll noch vor der Sommerpause als Entwurf des SPD-Parteivorstands an die Gliederungen versandt und auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2005 im November in Karlsruhe beschlossen werden. Antragschluss zum Programm ist der 30. Oktober. Die Projektgruppe appelliert, den Diskussionsprozess in allen Ortsvereinen anzustoßen.

Eckart Kuhlwein ■

Termine

8. April, 18 Uhr

Außerordentlicher Kreisparteitag Rendsburg-Eckernförde. Rendsburg, „Hotel Conventgarten“.

16. April, 9.30 Uhr

Kreisparteitag Dithmarschen. Albersdorf, Soldatenheim.

30. April, 10 Uhr

Ordentlicher Kreisparteitag Nordfriesland. Husum, „Husum Huus“.

Personale



Ingrid Franzen ist erste stellvertretende Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Plenum des Parlaments wählte die Abgeordnete aus Flensburg in der kontinuitierenden Sitzung am 17. März. ■

Koalition nicht um jeden Preis

In erneuten Gesprächen mit der CDU werden die Möglichkeiten für ein neues Regierungsbündnis ausgelotet.

Fassungslosigkeit, Entsetzen, Wut und die Suche nach einem Ausweg aus einer schweren Krise der Landespartei beherrschten die Sitzungen von Landesvorstand und Landesparteirat am 18. März – einen Tag nach der gescheiterten Wahl von Heide Simonis zur Ministerpräsidentin. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Abweichler aus den eigenen Reihen. „Ein solches politisches Lebenswerk, wie Heide Simonis es seit über drei Jahrzehnten in die Waagschale der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein und in Deutschland geworfen hat, hätte nicht auf diese Weise beendet werden dürfen“, so Claus Möller. Beide Parteigremien bekundeten ihre Solidarität mit Heide Simonis und forderten den oder die VerräterIn auf, das Landtagsmandat sofort an die Partei zurückzugeben.

Landesvorsitzender Claus Möller, Fraktionschef Lothar Hay und der Parteiratsvorsitzende Uwe Döring erhielten den Auftrag, in neuen Sondierungsgesprächen mit den anderen Parteien die Möglichkeiten einer Regierungsbildung auszuloten. Dabei stellte sich heraus, dass Grüne und FDP die Bildung einer „Ampel-Koalition“ ausschließen, so dass praktisch nur die Bildung einer Großen Koalition zwischen SPD und CDU oder Neuwahlen einen Ausweg aus der Krise bieten.

Die Sondierungsgespräche mit der CDU verliefen

hart in der Sache, aber in guter Atmosphäre und vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses auch auf gleicher Augenhöhe. Vor allem die Bereiche der Bildungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik und der Umweltpolitik stellten sich in den Sondierungsgesprächen als besondere Herausforderung dar. Die Gremien der Partei bewerteten in ihren Sitzungen Ende März die Ergebnisse der Sondierungsgespräche als ausreichende Grundlage für konkrete Verhandlungen mit der CDU und gaben einer neuen Kommission grünes Licht für die derzeit noch anhaltenden Koalitionsverhandlungen.

Ziel der Sozialdemokratie in den Koalitionsverhandlungen ist es, eine fundierte inhaltliche Grundlage für eine politisch handlungsfähige Landesregierung zu schaffen, denn die Menschen im Land erwarten einen politischen Aufbruch. Dieser wäre mit dem von der SPD ursprünglich angestrebten Regierungsmodell deutlicher ausgefallen, als es in einer großen Koalition möglich sein wird. Dennoch muss und kann sich die SPD weiterhin als Reformmotor in Regierungsverantwortung beweisen. Deshalb werden in den Koalitionsverhandlungen deutliche programmatische Akzente seitens der Sozialdemokratie zu setzen sein.

In der Bildungspolitik hält die Nord-SPD am Ziel,

für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, fest. Deshalb darf der Weg zu einem Wandel im Schulsystem nicht verbaut werden, und es müssen neue Formen des längeren gemeinsamen Lernens ermöglicht werden. Die Gemeinschaftsschule soll dort, wo sie vom Schulträger und den Eltern gewollt wird, Realität werden. Eine Koalition ohne diese Option wird es mit der SPD nicht geben können.

Auch an anderen Punkten wird unsere Kommission hart verhandeln müssen. So wird eine Funktional- und Verwaltungsstrukturreform von der CDU in bisher angedachter Form abgelehnt. Der mutige Reformansatz der SPD wird nur in Teilbereichen durchsetzbar sein. An dem Ziel für eine solche Reform wird seitens der Verhandlungsführer dennoch festgehalten: Verwaltung soll zukünftig überall im Land professioneller, bürgernäher und effizienter gestaltet werden.

Koalitionsverhandlungen ja – aber keine Koalition um jeden Preis, so lautet der Auftrag der Parteigremien an die Verhandlungsführer. In den schwierigen Verhandlungen kommt es deshalb darauf an, dafür zu sorgen, dass die Handschrift der Sozialdemokraten im Koalitionsvertrag deutlich zu erkennen sein wird. Ob dies gelungen ist, darüber entscheidet dann der Landesparteitag am 23. April in Kiel. ■

Einstimmigkeit für nur zwei Tage



Einstimmig sprach sich der Landesparteitag am 15. März für das Tolerierungsmodell aus.

Die Einigkeit war überwältigend. Und doch genügte das einstimmige Votum des außerordentlichen Landesparteitags am 15. März in Kiel nicht.

Ein einzelnes, anonymes Mitglied des Landtages brachte nur zwei Tage später bei der gescheiterten Wahl der Ministerpräsidentin die Reform-Koalition zu Fall. ■

Liebe Genossinnen und Genossen,



der 17. März hat unser Land und unsere Partei verändert. Er hat unserer Partei und der Politik im Gesamten sichtlich Schaden zugefügt. Und: Dieser Tag war politisch und vor allem menschlich ein schrecklicher Tag für Heide Simonis. Nach einem tollen Ergebnis bei der Nominierung als Spitzenkandidatin, nach einem sehr engagierten Wahlkampf, in dem unsere Mitglieder überaus aktiv und kreativ für die Partei und die Spitzenkandidatin gekämpft haben, und nach einem eindeutigen Votum für den Koalitions- und den Tolerierungsvertrag ist dieses Ende einer außergewöhnlichen politischen Laufbahn überaus bitter. Das hat Heide Simonis nicht verdient!

Sie hat sich um unser Land und um die SPD Schleswig-Holstein verdient gemacht. Sie hat das Land im Bundestag vertreten, als Finanzministerin Verantwortung übernommen und es als Ministerpräsidentin regiert – mit uneingeschränktem und unermüdlichem Einsatz. Sie hat sich dabei das Vertrauen und die Sympathie vieler Menschen weit über die Landesgrenzen hinaus erarbeitet. Ihr gilt unser herzlichster und solidarischer Dank!

Wir stehen trotz dieses Einschnitts nach wie vor in der Verantwortung, eine politisch handlungsfähige Landesregierung zu ermöglichen. Nach den Sondierungsgesprächen mit der CDU haben Landesvorstand und Landesparteirat einmütig entschieden, in konkrete Koalitionsverhandlungen einzutreten. Klar ist: Für uns wird es keine Koalition um jeden Preis geben. Nun kommt es in der Verhandlungskommission darauf an, hart, engagiert und auf Augenhöhe für ein Höchstmaß an sozialdemokratischer Programmatik im Koalitionsvertrag zu verhandeln. Unsere sozialdemokratische Handschrift muss darin deutlich sichtbar sein.

Wenn wir auf unserem Landesparteitag die Weichen für eine große Koalition stellen, dann müssen wir auch unsere Rolle als Partei neu definieren. Gegenüber der Bundespartei haben wir unser einzigartiges Profil einer kritisch-solidarischen Partei („links, dickschädelig und frei“) bereits bewiesen. Dieses müssen wir zukünftig auch nach innen schärfen. Wir sind weiterhin eine stolze und starke Partei mit eigenen Ideen und Köpfen. Dies beinhaltet sowohl den Mut zum Widerspruch, als auch einen feinen Sinn für Solidarität und Verantwortung.

Innerhalb und außerhalb von Schleswig-Holstein wollen wir unsere Position als „Reformmotor“ für soziale Gerechtigkeit behaupten und besser darstellen. Gerade in einer Regierungskonstellation, die uns eine Profilbildung im politischen Alltagsgeschäft erschwert, ist die Weiterentwicklung der Kommunikations- und Kampagnenfähigkeit unserer Partei von besonderer Bedeutung. Wir müssen zukünftig stärker als bisher für unsere Ideen werben und die öffentliche Diskussion um die Zukunft unseres Landes offensiv vorantreiben. Dies wird ein Mehr an Verantwortung für alle Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften mit sich bringen.

Die zukünftige Rolle der Partei ist eine erweiterte Führungsrolle, die es zeitnah zu definieren gilt – mit allen Konsequenzen für die Organisation und Kommunikation innerhalb der Partei. Der neue Landesvorstand wird dieser schwierigen Aufgabe gerecht werden müssen. Ich bin mir sicher: er wird es! ■

Claus Möller, SPD-Landesvorsitzender

Fast so alt wie die Partei

Der Ortsverein Pinneberg feierte sein 140-jähriges Bestehen

Auf eine 140-jährige Geschichte blickt der SPD-Ortsverein Pinneberg zurück. Am Nachmittag des 19. März 1865 fand in Pinneberg eine Arbeiterversammlung zwecks Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ statt. Knapp zwei Jahre vorher hatte Ferdinand Lassalle den Grundstein für die Arbeiterpartei gelegt.

Der heutige Ortsvereinsvorsitzende Herbert Hoffmann konnte neben dem Kreisvorsitzenden Hannes Birke auch drei seiner Amtsvorgänger zu dem Jubiläum begrüßen.

Herbert Hoffmann ließ in seiner Ansprache Ereignisse aus der örtlichen wie der Weltgeschichte Revue passieren. „Wie festzustellen

ist, hat sich von 1865 bis in die heutige Zeit einiges in der Geschichte wiederholt, vieles ist besser geworden, einiges wird besser werden, anderes wird sich wahrscheinlich nie ändern,“ so sein Fazit.

Eine besondere Ehrung wurde Erna Diekmann zuteil. Die 92-Jährige gehört seit 75 Jahren der SPD an. ■



Als ältestes Mitglied der Appener SPD feierte **Willy Richter** am 5. März seinen 100.

Geburtstag. Zu den Gratulanten zählten der Ortsvereinsvorsitzende Ulrich Rahnenführer, der Fraktionsvorsitzende Walter Lorenzen und der Kreisvorsitzende Hans-Helmut Birke. ■



Pinnebergs Kreisvorsitzender Hannes Birke, Ortsvereinsvorsitzender Herbert Hoffmann und seine Amtsvorgänger Horst Hager, Monika Piwon und Hartmuth Wrocklage vor der Fahne aus dem Jahr 1897.

Neue Aufgabenverteilung in der Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 15. März den Fraktionsvorstand gewählt sowie die künftigen Ausschussvorsitzenden nominiert. Dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand gehören neben dem Vorsitzenden Lothar Hay, der bereits am 22. Februar wiedergewählt wurde, folgende Mitglieder an: Parlamentarischer Geschäftsführer: Holger Astrup
Stellvertretende Vorsitzende: Jutta Schümann
Stellvertretender Vorsitzender: Jürgen Weber
Beisitzerin: Anette Langner

Dem Fraktionsvorstand gehören auch die Vorsitzenden der Arbeitskreise an. Diese sind:

Anna Schlosser-Keichel (Justiz, Frauen, Familie und Jugend)
Dr. Henning Höppner (Bildung, Wissenschaft und Kultur)
Bernd Schröder (Wirtschaft, Verkehr, Technologie, Arbeitsmarkt)
Konrad Nabel (Umwelt und Landwirtschaft)
Wolfgang Baasch (Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz)
Birgit Herdejürgen (Finanzen)
Klaus-Peter Puls (Innen, Recht, Kommunales und Sport)
Rolf Fischer (Europa, Ostsee- und Nordseekooperation)

Für den Vorsitz von Ausschüssen des Landtages wurden folgende Abgeordnete nominiert:

Finanzausschuss: Günter Neugebauer
Sozialausschuss: Siegrid Tenor-Alschausky
Europaausschuss: Astrid Höfs
Petitionsausschuss: Detlef Buder